

JON PULT

## «Ich war am Anfang bloss ein Mitläufer»

Jon Pult ist erst 26-jährig, aber bereits Präsident der Graubündner SP. Wird er Andrea Hämmerles Nachfolger im Nationalrat?

VON JAN JIRÁT (TEXT) UND FLORIAN BACHMANN (FOTO)



«Pult poltert in Bern» als möglicher Wahlkampfslogan für den Bündner Sozialdemokraten.

Jon Pult gehört zu jenen Menschen, die sich an den unterschiedlichsten Orten wohlfühlen, ohne sich verstellen oder in eine bestimmte Rolle schlüpfen zu müssen. Pult bleibt Pult. In einer Beiz genauso wie im Unihörsaal, im Churer Stadtparlament ebenso wie auf der Strasse beim Unterschriftensammeln, in den Bergen wie in der Stadt.

Das liegt an seinem gesunden Selbstvertrauen und seiner offenen, herzlichen Art, die durch den ausgeprägten Bündnerdialekt noch an Charme gewinnt. Pult war schon immer an mehreren Orten zu Hause. Als Sohn einer Italienerin und eines Unterengadiners hat der 26-Jährige einen Teil seiner Kindheit in Mailand verbracht. Bis zu seinem Schuleintritt in Chur sprach er ausschliesslich Italienisch und Rätoromanisch. «Heute ist allerdings Deutsch meine stärkste Sprache», sagt der italienisch-schweizerische Doppelbürger, in dessen Brust zwei Herzen schlagen: «Ich bin Bündner und Europäer.» Der SP-Politiker gehört in seinem Heimatkanton trotz seines jungen Alters bereits zum politischen Establishment.

«Die SP muss Begriffe wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität zurückerobern.»

Jon Pult

### «Den Ärmel reingezogen»

Als 18-Jähriger erweckte der damalige Gymnasiast mit zwei Klassenkameraden die Juso im Bündnerland zu neuem Leben – die kantonale Juniorpartei der SP war in den neunziger Jahren mangels Mitglieder eingegangen. «Ich war am Anfang bloss ein Mitläufer und bin eher aus Loyalität zu meinen Freunden beigetreten», erzählt Pult. «Klar war ich politisch links eingestellt, aber ich fühlte mich nicht zu einer Partei hingezogen.» Doch dann hat es ihm innert kürzester Zeit «den Ärmel reingezogen». Schon bald übernahm der redogewandte Pult den Parteivorsitz, wurde zum Gesicht der Juso Graubünden. Und das politische Engagement trug Früchte: Nach zwei Jahren zählte die Bündner Juso 100 Mitglieder, heute sind es 150, und Pult wurde 2004, noch nicht einmal zwanzigjährig, überraschend ins Churer Stadtparlament gewählt. «Auf Kosten eines FDP-Politikers», grinst er, «ganz klar mein bisher grösster politischer Triumph.»

Das könnte sich bald ändern. Der Bündner SP-Nationalrat Andrea Hämmerle, der spätestens seit seiner entscheidenden Rolle bei der Blocher-Abwahl 2007 schweizweit bekannt ist, tritt nächstes Jahr nicht mehr zur Wiederwahl an. Die Kantonalpartei prüft momentan, wer den Sitz in Bern verteidigen soll. In der Poleposition stehen laut Berichten der Bündner Presse Silva Semadeni, die von 1995 bis 1999 bereits

einmal Nationalrätin war – und Jon Pult. Die Chancen, dass sich die Parteibasis für den Vertreter der jungen Generation entscheidet, sind intakt. Pult ist seit März 2009 kantonaler Parteipräsident und als solcher häufig in den lokalen Medien vertreten. Diesen Sommer ist er mit einem Spitzenresultat in den Bündner Grossen Rat gewählt worden. Ein weiterer Vorteil: Er spricht alle drei Kantonssprachen fließend. «Die Aufgabe in Bern ist sicher reizvoll», so Pult, «zumal mit Cédric Wermuth im Aargau oder Patrick Angele und Mattea Meyer in Zürich langjährige Juso-Weggefährten ebenfalls nicht chancenlos sind. Ich habe mich persönlich allerdings noch nicht entschieden.»

Wirklich? Mit der (noch) fiktiven Schlagzeile «Pult poltert in Bern» konfrontiert, blitzen seine Augen auf. Aber er bleibt dabei: «Anfang Jahr, wenn sich die Partei und ich entschieden haben, sehen wir weiter.» Ihm gefalle der persönliche Umgang auf dem politischen Parkett seiner Heimat, so Pult. Der sei von gegenseitigem Respekt geprägt, selbst wenn die politischen Gräben noch so tief seien. Als Beispiel nennt er sein letztjähriges Rencontre mit Andreas Wieland, dem Vorsitzenden einer internationalen Medizinaltechnikfirma. Dieser reagierte auf eine wirtschaftskritische 1.-Mai-Rede Pults mit einem harschen Leserbrief in der «Südoschtweiz». Schliesslich verabredeten sich die beiden auf ein Bier und beendeten so ihren Disput. «Andererseits kann man auch in Bern gut streiten und Bier trinken», schiebt er nach.

### Eine grosse Geschichte

«Das eigentliche Ziel sind ohnehin nicht die Wahlen 2011», hält Pult fest. Die Sozialdemokratie müsse wieder die grosse Geschichte erzählen, sie müsse Begriffe wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität zurückerobern und in die Offensive gehen, statt zu verwalten und zu bewahren, so Pult. «Es ist das Projekt unserer Generation, den Glauben an eine andere, gerechtere Gesellschaft wiederzuerwecken.»

Darüber, wie das gehen soll, hat sich Pult gemeinsam mit vier Parteikollegen in den letzten Monaten den Kopf zerbrochen. Entstanden ist dabei das sogenannte Tessiner Papier (siehe WOZ Nr. 34/10), ein dreissigseitiger Text, der als Diskussionsgrundlage und Ergänzung zum neuen SP-Parteiprogramm gedacht ist. «Die ersten Reaktionen aus der Partei sind überwiegend positiv», sagt Pult, «doch wir stehen mit unserem Projekt erst am Anfang.»

### AUSSCHAFFUNGSINITIATIVE

#### SVP-Komitee erzürnt Anwaltsverband

Der Schweizerische Anwaltsverband (SAV) ist sauer. Vergangenen Donnerstag erhielten diverse JuristInnen eine Mail, in der sie aufgefordert wurden, einem «Juristenkomitee» beizutreten, das für die Ausschaffungsinitiative Propaganda macht. Die Mail war so abgefasst, dass der Eindruck entstehen konnte, der Anwaltsverband heisse die Aktion gut.

Der Zuger Anwalt Manuel Brandenburg hat das Komitee initiiert. Brandenburg präsidiert die SVP der Stadt Zug und sitzt im Verwaltungsrat der rechten Postille «Schweizerzeit». Unterzeichnet war die Mail von einem guten Dutzend rechter Juristen, darunter Sebastian Frehner, Präsident der SVP Basel-Stadt, Robert Nef vom Liberalen Institut in Zürich oder Gregor A. Rutz, der frühere SVP-Generalsekretär. Im angehängten Argumentarium behaupten sie (obwohl alle ernst zu nehmenden ExpertInnen anderer Meinung sind), die Ausschaffungsinitiative verletze die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) nicht. Und falls doch, «könnte die Schweiz die EMRK kündigen», um danach einen Vorbehalt anzubringen und sie neu zu unterzeichnen.

René Rall, SAV-Generalsekretär, antwortete auf die dreiste Mailaktion des Komitees mit einer geharnischten Reaktion: «Sie schaffen damit für ein politisches Anliegen eine Nähe zum Verband, die so nicht besteht.» Zahlreiche Mitglieder hätten beim Verband angefragt, ob die Aktion in Zusammenarbeit oder Absprache mit dem SAV erfolgt sei. Rall fordert das Komitee auf, es müsse «in aller Deutlichkeit kommuniziert werden», dass keine Verbindung zum SAV bestehe. Was Brandenburg Anfang Woche kleinlaut tat.

Derweil lancieren die Demokratischen JuristInnen DJS einen Onlineappell von Juristen und Anwältinnen für ein doppeltes Nein zu Initiative und Gegenvorschlag. **SUSAN BOOS**

### FUMOIR

## Die Steuern abschaffen!

RUTH WYSSEIER über die Verschwendung öffentlicher Gelder

Die Linken wollen ja immer alles verbieten, da erstaunt es nicht, dass sie dagegen sind, dass wir weniger Steuern zahlen müssen. Dabei ist Steuernabdrücken so ein Frust! Es ist auch völlig undemokratisch, dass ich nicht bestimmen darf, wofür der Staat meine Steuern ausgibt. Am Ende kriegt sie noch Ueli Maurer, damit er die brandneuen, von Sämi Schmid vor sieben Jahren fertig gebauten geheimen Minenwerfer-Kanonen-Kampfbunker wieder entsorgen kann. Die Bunker haben eine Milliarde gekostet, der Abbruch soll noch mal so teuer werden. Keine Steuergelder mehr für die Armee, lautet deshalb meine zentrale Forderung! Wer Sicherheit braucht, kann einen Selbstverteidigungskurs besuchen und sich einen Pfefferspray kaufen.

Und keine Steuergelder mehr für den Verkehr! Da verlohnt die Schweiz Milliarden im Gotthard, und die Nachbarländer foutieren sich komplett darum, haben nicht mal den Anstand, an den Durchschlagsfeierlichkeiten teilzunehmen. Und der Gipfel von allem ist, dass es nun heisst, Adolf Ogis Jahrhundertwerk sei, genau wie Sämis Bunker, schon wieder veraltet, weil in Zukunft die Waren- und Verkehrsströme zwischen Osten und Westen fliessen werden und nicht zwischen Reykjavik und Palermo.

Keine Steuergelder mehr für Gefängnisse! Sie sind unrentabel und brauchen Unmengen von Personal, das der Schweizer Hotellerie dann fehlt. Sie erfüllen weder ihren Abschreckungszweck, noch gelingt es ihnen, ihre Klientel nachhaltig zu bessern – im Gegenteil, für viele InsassInnen sind sie eine eigentliche Universität der krummen Touren. Man verpflichtet die Straffälligen nicht mal dazu, von ihren künftigen ergaunerten Einnahmen die Kosten für den Knastaufenthalt in jährlichen Raten abzuzahlen, wie man das von den Studierenden, die staatliche Studiendarlehen beanspruchen, auch verlangt. Kriminelle sollen künftig in Fussfesseln in ihren Chalets in Gstaad auf ihre Resozialisierung warten und das Personal selber bezahlen!

Steuern zahlen ist ein Relikt aus alten Zeiten, als man «Kostenwahrheit» noch nicht mal buchstabieren konnte, als man vom Staat als «Gemeinwesen» sprach und vom gesellschaftlichen Ausgleich, auf den sich verantwortungsvolle BürgerInnen (Citoyens, würde Frank A. Meyer sagen) in pragmatischen Verhandlungen einigten. In unserer deregulierten freien Marktwirtschaft, die mich nötigt, als Konsumentin in jeder freien Minute Schnäppchen zu jagen, Krankenkassen und Telekom-

gesellschaften zu wechseln und Umfragen der Marktforschungsinstitute zu beantworten, fordere ich die volle Kontrolle und Kostenwahrheit über jeden Franken, der mein Portemonnaie verlässt.

Stellen Sie sich vor, wie viele Steuern überflüssig werden, wenn alle nur noch für das zahlen, was ihnen nützt. Oder ist es etwa gerecht, dass jemand, der wöchentlich eine Gärtnerin bezahlt, damit die seinen Swimmingpool reinigt, auch noch Steuern zahlen muss für das öffentliche Schwimmbad? Und wem nützen zum Beispiel Behinderte? Das fragte sich auch die St. Galler Kantonsregierung; sie plant in ihrem neuen Sparpaket von 180 Millionen Franken deshalb schon mal sogenannte Kostenoptimierungen von fünf bis zehn Prozent bei der Betreuung von Menschen mit Behinderungen.

Sie können also die linke Initiative gegen den fröhlichen Steuersenkungswettbewerb in der Abstimmung Ende November bedenkenlos abschmettern, schliesslich schrieb sogar der mega renommierte Schweizer Ökonom und Glücksforscher Bruno S. Frey neulich, dass Steuernsenken die Schweiz glücklich und erfolgreich macht. Und im öffentlichen Schwimmbad holen sich die Behinderten sowieso nur einen Fusspilz.

Ruth Wysser ist Winzerin und WOZ-Redaktorin.

